

Tagesordnung I Punkt 9 der öffentlichen Sitzung am 13. März 2008

Antrags-Nr. 08-F-06-0008

**Städtische Auftragsvergabe nur mit Mindestlohngarantie
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 29.02.2008 -**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat der Stadt Wiesbaden hat dafür Sorge zu tragen, dass in der Stadtverwaltung und bei Unternehmen, an denen die Stadt Wiesbaden beteiligt ist, ein Mindestbruttolohn von 8 Euro pro Stunde gezahlt wird.

Der Magistrat soll darauf hinwirken, dass im Rahmen der städtischen Auftragsvergabe nur an solche Firmen Aufträge vergeben werden, deren Bruttostundenlöhne 8 Euro nicht unterschreiten.

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden spricht sich dafür aus, dass die Vertreter/innen der Landeshauptstadt im hessische Städtetag und anderen Gremien sich dafür einsetzen, dass in der Bundesrepublik Deutschland ein Mindestlohn von 8 Euro brutto pro Stunde nicht unterschritten werden darf.

Beschluss Nr. 0132

Der Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 29.02.2008 betr.

Städtische Auftragsvergabe nur mit Mindestlohngarantie

wird abgelehnt.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .03.2008

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .03.2008

Dezernat I
Dezernat III
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister